

## **Befragung des Deutschen Städtetages zu Flüchtlingsthemen**

### **Antworten des Oberbürgermeisters Dr. Dieter Salomon, Stadt Freiburg im Breisgau**

#### **1. Wie viele Flüchtlinge hat Ihre Stadt in diesem Jahr bisher aufgenommen bzw. wie viele Flüchtlinge und Asylbewerber leben derzeit in Ihrer Stadt?**

Zum Stichtag 30.11.2015 lebten in Freiburg 2 647 Menschen in städtischen Unterkünften. Davon 2 000 Personen in Wohnheimen und 647 Personen in Wohnungen. Zudem sind derzeit rund 900 Menschen in der Erstaufnahmeeinrichtung des Landes untergebracht. Zudem leben in Freiburg ca. 500 unbegleitete minderjährige Ausländerinnen und Ausländer.

#### **2. In welchem Umfang müssen in Ihrer Stadt Notunterkünfte z.B. in Form von Zelten und Turnhallen genutzt werden? In welchem Umfang ist oder war dezentrale Unterbringung in Wohnungen möglich?**

Freiburg verfügt aktuell über fünf Notunterkünfte, davon eine Turnhalle, die jedoch nicht für den Schulsport genutzt wird, und ein Zeltstandort mit winterfesten beheizten Zelten. Ziel der Stadtpolitik war die dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen an kleinen und mittleren Standorten, damit die Integration in die Stadtgesellschaft zügig gelingen kann. Aufgrund der aktuellen Flüchtlingssituation müssen jedoch vor allem zentrale Standorte zur Unterbringung der Schutzsuchenden eingerichtet werden, in einer Größe von bis zu 300 bis 400 Personen. 647 Personen leben derzeit in Wohnungen.

#### **3. Wie können in Ihrer Stadt genügend winterfeste Unterkünfte sichergestellt werden?**

Alle jetzt in Betrieb befindlichen und weiter vorgesehenen Standorte sind winterfest errichtet bzw. eingerichtet. Insbesondere im Hinblick auf den kommenden Winter wurde die zuletzt übergangsweise als Universitätsbibliothek genutzte frühere Stadthalle aufwendig in eine Notunterkunft umgebaut. Zudem konnten einige Gewerbeimmobilien befristet angemietet und als Notunterkünfte umgebaut bzw. hergerichtet werden.

#### **4. Wie ist nach Ihrem Eindruck die Einstellung der Bevölkerung in Ihrer Stadt gegenüber den Flüchtlingen? Wandelt sich die Einstellung, weil mehr Menschen kommen?**

Die Einstellung der Bevölkerung ist überwiegend positiv. Zahlreiche ehrenamtliche Helferkreise haben sich gebildet. Eine kürzlich veröffentlichte Übersicht der „Badischen Zeitung“ hat mehr als 30 Vereine, Initiativen, Bürgervereine usw. aufgelistet, die sich ehrenamtlich in der Betreuung von Flüchtlingen engagieren. Die Nachfrage nach Aufgaben in der Flüchtlingshilfe ist unverändert hoch. Zugleich gibt es Sorgen in der Bevölkerung, die wir ernst nehmen und denen wir mit einem breit angelegten Kommunikations- und Beteiligungskonzept begegnen. Die Stadt informiert kontinuierlich über die Flüchtlingssituation und über geplante Unterkünfte. Die Unterbringung und Integration der Flüchtlinge ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Daher gehören Informationsveranstaltungen in den Stadtteilen, Austausch mit Bürgervereinen, Teilnahme an Runden Tischen und weitere Aktivitäten zum Kommunikations- und Beteiligungskonzept der Stadt.

**5. Viele Städte stoßen bei der Unterbringung an Grenzen. Wie schätzen Sie die Möglichkeiten Ihrer Stadt ein, in den nächsten Monaten dennoch weitere Menschen aufzunehmen?**

Auf Basis der aktuellen Zuweisungszahlen wird die Unterbringung der Flüchtlinge auch in den nächsten Monaten gelingen, allerdings werden zu Jahresbeginn 2016 voraussichtlich rund 1 000 Menschen in Notfallunterkünften untergebracht sein. Die Errichtung dauerhafter Unterkünfte in Standards für eine längere Wohnnutzung sowie die Akquise von Wohnraum gestalten sich aufgrund der Wohnraum- und Flächenknappheit in Freiburg sehr schwierig. In der Stadtverwaltung ist eine dezernatsübergreifende Projektgruppe eingerichtet worden, die das vorrangige Ziel hat, Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge zu realisieren. Dazu gehört der Bau von Unterkünften ebenso wie die Anmietung von privaten Liegenschaften, die der Stadt angeboten werden.

**6. Wieweit hat in Ihrer Stadt bereits die Integration von Flüchtlingen mit Bleibeperspektive beginnen können?**

Die Integration von Flüchtlingen ist seit vielen Jahren ein wichtiges stadtpolitisches Ziel. 2005 wurde das Büro für Migration und Integration als Stabstelle gebildet, die dem Sozialbürgermeister zugeordnet ist. Das Büro koordiniert unter anderem Beratungs- und Hilfsangebote (zum Beispiel in den Bereichen Sprache, Bildung und Arbeit) für Flüchtlinge und Migranten, die seit vielen Jahren in Freiburg leben. Um den Herausforderungen durch die anhaltend hohe Zahl von Flüchtlingen zu begegnen soll ab 1. April 2016 ein eigenständiges Amt für Migration und Integration die bisher unterschiedlich verorteten Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten für die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen bündeln. In diesem Zusammenhang wird auch das Büro für Migration und Integration die Angebote für Flüchtlinge ausweiten und unter anderem auch das Bürgerschaftliche Engagement für Flüchtlinge begleiten.

**7. Worin sehen Sie für das Jahr 2016 die größte Herausforderung im Hinblick auf Flüchtlinge in Ihrer Stadt?**

Nicht nur die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen stellen große Herausforderungen für die Verwaltung und die ganze Bürgerschaft dar. Die größere Aufgabe liegt darin, die Menschen in die Stadtgesellschaft zu integrieren, das heißt, in Wohnungen, in Beschäftigung, Schulen und in unser Rechts- und Wertesystem. Dies betrachtet die Stadt als eine dauernde Schwerpunktaufgabe der Stadtpolitik und der ganzen Stadtgesellschaft über 2016 hinaus.

**8. Was halten Sie – jenseits der Forderungen des Deutschen Städtetages an Bund und Länder – für nötig, um die Situation in den Städten bewältigen zu können? Sehen Sie einen Aspekt, der bisher zu wenig bei der Lösung der Aufgaben beachtet wird?**

Es bedarf einer stetigen und nachhaltigen Finanzausstattung mit vollständigem Ersatz der bei den Kommunen entstehenden zusätzlichen Aufwendungen für die Aufnahme, Unterbringung und Integration von Flüchtlingen. Baden-Württemberg praktiziert im Vergleich zu anderen Bundesländern hier eine vorbildliche Unterstützung der Kommunen.

Des Weiteren sind notwendig:

- Nachhaltige Unterstützung für preisgünstigen Wohnungsbau über die heutigen Förderprogramme hinaus; Integration von Flüchtlingen beginnt stets mit der Integration in den Wohnungsmarkt; dazu bedarf es preisgünstiger Wohnungen,
- Flexibilisierung von landes- und bundesgesetzlichen Vorschriften mit dem Ziel, Wohnungsbau schneller realisieren zu können,
- ausreichende Grund- und Aufbausprachkurse für Flüchtlinge, insbesondere müssen die Integrations Sprachkurse des BAMF grundlegend ausgebaut werden.